



**Anpacken.
Für unser Land.**

**Antworten der SPD zum Fragenkatalog
des
ZMD – Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.**

zu I: Fragen zur Entwicklung des Islam in Deutschland

- 1. Setzt sich Ihre Partei für den zügigen Ausbau von islamischen Lehrstühlen an deutschen Hochschulen insbesondere zur Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern ein?**

Wir begrüßen die Einrichtung von Lehrstühlen an deutschen Universitäten zur Ausbildung von islamischen Lehrerinnen und Lehrern. Denn wir setzen uns dafür ein, dass islamische Schülerinnen und Schüler das Angebot eines Religionsunterrichts in deutscher Sprache und gemäß den Bildungsrichtlinien der Schule erhalten. Zugleich wissen wir um die Schwierigkeiten der Schaffung eines solchen Unterrichtsangebots.

- 2. Unterstützt Ihre Partei gleichermaßen die Errichtung von eigenen Bildungseinrichtungen der Muslime?**

Wir begrüßen es, wenn Bildungseinrichtungen entstehen, in denen muslimische Menschen einen Ort für den Austausch über ihren Glauben, ihre Interessen und Belange finden und in denen sie Gelegenheit haben – wie dies bereits an vielen Orten geschieht – Sprachkurse zu besuchen oder berufliche Qualifikationen zu erwerben. Bildungseinrichtungen dieser Art leisten einen wichtigen Beitrag dafür, dass Religion und Kultur des Islams in Deutschland einen guten Platz finden.

- 3. Befürwortet Ihre Partei den Bau von Moscheen auch in deutschen Innenstädten?**

Das Recht auf Religionsfreiheit gilt selbstverständlich auch für muslimische Menschen in Deutschland. Auch auf den Islam zielt das Prinzip der fördernden Neutralität unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Wir wissen, dass der Bau von Moscheen im konkreten Fall oft mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, bei der Muslime oft Ängsten und pauschalen Vorurteilen nichtmuslimischer Bürgerinnen und Bürger ausgesetzt sind.

Wo immer dies möglich ist, wollen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben muslimischer Menschen in unserer Gesellschaft werben.

zu II: Fragen zur Islampolitik

1. Hat Ihre Partei ein eigenes Konzept für eine in sich schlüssige Islampolitik?

Die SPD beabsichtigt nicht, ein Konzept für eine „in sich schlüssige Islampolitik“ zu entwickeln, ebenso wenig, wie sie dies für andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften tut.

Für den Islam gilt zuerst das, was die Sozialdemokratie insgesamt kennzeichnet:

In der Sozialdemokratie arbeiten Menschen ganz unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen miteinander auf der Basis der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für gemeinsame politische Ziele. Gerade weil wir uns einer wertgebundenen Politik verpflichtet fühlen, ohne unsere Mitglieder, Wählerinnen und Wähler auf letzte Werte und Überzeugungen festlegen zu wollen, begrüßen wir es, wenn Menschen aus ihrer religiösen Bindung heraus eine Verpflichtung zur politischen Verantwortung in der demokratischen Gesellschaft bejahen. In unserem Grundsatzprogramm halten wir fest, dass für uns das Wirken der Kirchen, der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch nichts zu ersetzen ist, insbesondere wo sie zur Verantwortung für die Mitmenschen und das Gemeinwohl ermutigen und Tugenden und Werte vermitteln, von denen die Demokratie lebt. Wir achten ihr Recht, ihre inneren Angelegenheiten im Rahmen der für alle geltenden Gesetze autonom zu regeln.

Auch im Regierungsprogramm für die anstehende Bundestagswahl betonen wir, dass eine solidarische Bürgergesellschaft für uns ohne den Einsatz von Kirchen und Religionsgemeinschaften nicht denkbar ist. Sie sind für uns zugleich wichtige Partner auf dem Weg zu einer humanen Gesellschaft und im ethischen Diskurs.

Gleichwohl verkennen wir nicht, dass die Anerkennung des Islam in Deutschland und die Integration muslimischer Menschen, deren Familien in der Regel aus einem anderen Land, mehrheitlich der Türkei stammen, eine eigene Herausforderung darstellt. Nur ein Teil davon betrifft jedoch religiöse Aspekte – mindestens ebenso bedeutsam sind soziale Fragen, Chancen auf dem Arbeitsmarkt, Bildungschancen von Kindern etc.

In unserem Regierungsprogramm verpflichten wir uns auf eine Kultur der Anerkennung, die religiöse und kulturelle Vielfalt als Möglichkeit neuer Gemeinsamkeit begreift. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten dafür ein, dass in unserem Land Menschen mit verschiedener Herkunft eine gemeinsame Zukunft aufbauen können. Wir wollen Menschen, die ihre Wurzeln in einem anderen Land haben, in ihrem Mut stärken, in Deutschland ihre Heimat zu finden. Wir werden sie dabei unterstützen, an der gemeinsamen Kultur in unserem Land teilzuhaben. Dazu ist der Spracherwerb die erste und wichtigste Voraussetzung. Das allein genügt aber nicht. Sondern dazu gehören auch die öffentliche Förderung der Migrantenkulturen und ganz besonders der Bereich der interkulturellen Bildung.

Für die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben brauchen wir eine bessere Förderung und gleiche Chancen vor allem im Bildungssystem. Wir wollen mit besonderen Förderprogrammen, Modellprojekten und der besseren Anerkennung ihrer Abschlüsse und Qualifikationen aus dem Herkunftsland dazu beitragen, dass die Position von Migrantinnen und Migranten im Erwerbsleben besser wird.

Die öffentlichen Institutionen und die Verwaltung wollen wir interkulturell öffnen und den Migrantenanteil an den Angestellten im öffentlichen Dienst erhöhen.

Doch die Politik allein kann das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und mit unterschiedlichen Religionen nicht allein bewerkstelligen. Aus Untersuchungen wissen wir, dass Vorurteile am besten überwunden werden und Vertrauen gestärkt wird, wenn Menschen einander begegnen, wenn aus anonymen Fremden Nachbarn und Freunde werden.

Wir wollen keine „Islampolitik“ machen, die muslimische Menschen als Ziel politischer Maßnahmen betrachtet, sondern setzen darauf, gemeinsam mit muslimischen Verbänden und MigrantInnen-Organisationen Konzepte für die Gestaltung unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft mit dem Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger dieses Landes – gleich welcher Herkunft, Religion und Kultur – zu entwickeln.

2. Sollte sich der Staat in Bund und Ländern seine muslimischen Ansprechpartner selbst zusammen stellen oder soll er mit dem legitimierten Koordinationsrat der Muslime (KMR), der bis zu 85 Prozent der islamischen Gemeinden in Deutschland vertritt (eine andere Spitzenvertretung gibt es nicht) verhandeln?

Den Zusammenschluss von vier islamischen Spitzenverbänden im KRM begrüßen wir als einen wichtigen Meilenstein der Bündelung von Interessen muslimischer Menschen in Deutschland. Als Dialogpartner kommt ihm daher eine herausragende Rolle zu.

Gleichwohl achten wir die Tatsache, dass der Islam in Mitgliedschaft und Struktur keine Parallele zu dem gegliederten Aufbau christlicher Kirchen aufweist. Deshalb treten weitere Zusammenschlüsse oder Gremien als Dialogpartner hinzu.

3. Bevorzugt oder privilegiert Ihre Partei einen der vier im KRM vertretenen Verbände?

Wir sehen den KRM in seinem Zusammenschluss primär als ein eigenes Gremium, das nicht einfach eine Summe seiner Einzelverbände ist.

Für die Zusammenarbeit sagen wir klar: Wir wünschen uns einen Dialog auf Augenhöhe, der auf dem Fundament der gemeinsamen Prinzipien unseres Grundgesetzes steht. Denn das Grundgesetz bestimmt die Wertorientierungen und Rechte, die die zentralen Prinzipien des Zusammenlebens in unserem Land bilden, und formuliert die Grundlagen unseres Verständnisses von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Dazu enthält es den dauerhaften Auftrag, immer wieder zu überprüfen, ob unsere Gesellschaft diesen Grundsätzen noch gerecht wird.

Wir wünschen uns eine Basis, die von gegenseitigem Vertrauen gekennzeichnet ist. Wir wollen kein Klima des Misstrauens, der Überwachung und der Unfreiheit.

Wir lehnen eine Leitkulturdebatte ab, denn sie ist mit unserer Idee von Freiheit und Gleichheit nicht vereinbar. Wir sagen aber auch, dass die Berufung auf religiöse Regeln oder Traditionen universelle Menschenrechte nicht einschränken oder gar außer Kraft setzen darf.

4. Sind Sie angesichts der Meinungsumfragen, der Ausschreitungen gegen Muslime und ihre Einrichtungen und nicht zuletzt nach dem islamfeindlich begründeten Mord an einer Muslima in Dresden der Ansicht, dass die Islamfeindlichkeit bzw. die Islamphobie in die politische Agenda der neuen Bundesregierung aufgenommen werden müsste?

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der man ohne Angst verschieden sein kann, in der alle frei und gleichwertig sind, mit gleichen Chancen und Möglichkeiten. Alle Formen der Diskriminierung, ob wegen ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität, bekämpfen wir.

Vorurteile und Ablehnung muslimischer Menschen in unserer Gesellschaft sehen wir mit großer Sorge. Die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus und

damit auch die Auseinandersetzung mit Islamfeindlichkeit werden eine Aufgabe auch der neuen Bundesregierung sein.

zu III: Fragen zur Diskriminierung

1. Was tut ihre Partei gegen Diskriminierung von Muslimen in Gesellschaft und Beruf?

Wir sehen die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Politik und Zivilgesellschaft müssen sich langfristig engagieren. Die SPD setzt sich seit Jahren für langfristige Strategien und wirksame Instrumente ein. Mit der Regierungsübernahme im Jahr 1998 haben wir den Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit deutlich auf die politische Agenda gesetzt. Wir haben uns maßgeblich für das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz stark gemacht, das Menschen die Möglichkeit gibt, gegen Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft und Religion vorzugehen.

Die geplante Bundesstiftung gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, für die sich die SPD einsetzt, ist ein weiteres deutliches Signal: Wir wollen Fremdenfeindlichkeit künftig noch stärker entgegen treten. Dazu müssen Finanzierungsstrukturen für gute Initiativen nachhaltig angelegt sein. Modellförderungen und Projekte, die nach wenigen Jahren auslaufen, reichen nicht aus.

Gerade weil wir die Problematik des fortgesetzten Antisemitismus¹, von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sehr ernst nehmen, hat der SPD Parteivorstand eine Arbeitsstelle Starke Demokratie geschaffen, die Vorurteilen und Ängsten gegenüber muslimischen Menschen künftig noch größere Aufmerksamkeit widmen wird. Um ihnen zu begegnen, werden wir verstärkt das Gespräch mit muslimischen Gruppen und Verbänden und mit Migrantenorganisationen suchen.

2. Was tut ihre Partei gegen die Diskriminierung insbesondere der Kopftuch tragenden Musliminnen in Gesellschaft und Beruf?

3. Könnte das Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst auch ein Signal für die Diskriminierung Kopftuch tragender Muslimas in anderen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft sein?

In seinem Urteil zum Tragen eines Kopftuchs einer muslimischen Lehrerin im Unterricht hat das Bundesverfassungsgericht festgehalten, dass das von Musliminnen getragene Kopftuch als Kürzel für höchst unterschiedliche Aussagen und Wertvorstellungen wahrgenommen wird: „Neben dem Wunsch, als verpflichtend empfundene, religiös fundierte Bekleidungsregeln einzuhalten, kann es auch als ein Zeichen für das Festhalten an Traditionen der Herkunftsgesellschaft gedeutet werden. In jüngster Zeit wird in ihm verstärkt ein politisches Symbol des islamischen Fundamentalismus gesehen, das die Abgrenzung zu Werten der westlichen Gesellschaft, wie individuelle Selbstbestimmung und insbesondere Emanzipation der Frau, ausdrückt.“

Dieser vom Gericht beschriebene „objektive Empfängerhorizont“ des Kopftuchs ist präsent und es ist zu befürchten, dass die mögliche Deutung, hier handle es sich um ein Zeichen weiblicher Unterdrückung im Namen der Religion, zu generellen Vorurteilen und zu Diskriminierungen von Kopftuchträgerinnen führen kann.

Die Bundes-SPD hat sich seinerzeit nicht für ein Kopftuchverbot ausgesprochen, um muslimische Frauen keinem Generalverdacht auszusetzen und sie nicht zu diskriminieren.

Wir werden auch künftig einer solchen Diskriminierung entschieden entgegen halten, dass dies der Achtung vor der Würde einer muslimischen Frau und ihrem grundlegenden Recht auf Religionsfreiheit – zu dem das Tragen des Kopftuchs gehört – widerspricht. Wir haben uns maßgeblich für das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz stark gemacht, das Menschen die Möglichkeit gibt, gegen Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft und Religion vorzugehen.

Zugleich werden wir weiter nachdrücklich der Vorstellung entgegen treten, eine Frau müsse sich um ihrer Ehre willen verhüllen. Jedes Mädchen und jede Frau hat ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Für die SPD hat die Frauenbewegung und das Eintreten für die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen eine hohe Bedeutung. Wir wollen die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen weiter voranbringen. Dazu gehören die gleiche Teilhabe an existenzsichernder Arbeit und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten sowie gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ebenso wie die partnerschaftliche Teilung der familiären Sorge. Für diese Position stehen wir und werben wir.

zu IV: Fragen zur DIK

- 1. Ist ihre Partei für die Fortführung der deutschen Islamkonferenz?**
- 2. Welche Ziele soll die Islamkonferenz verfolgen?**

Die deutsche Islamkonferenz hat wichtige Signale gesetzt. Wir wollen den Dialog fortsetzen. Der Islam ist Teil unserer Gesellschaft. Wir wollen zusammen mit den Beteiligten prüfen und entscheiden, welche Form für künftige Gespräche die angemessene ist und welche Themen im Vordergrund stehen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle frei und gleichwertig sind, mit gleichen Chancen und Möglichkeiten.